

Hamm, 14.08.2015

## Runter vom Überangebot an Milch und Schweinen AbL lehnt Exportförderung ab und fordert Qualitätsoffensive

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bauernverband auf, an den Ursachen der stark gefallen und anhaltend niedrigen Erzeugerpreise für Milch und Schweine anzusetzen. „Das starke Mengenwachstum an Milch und Schweinefleisch in den letzten Jahren gerade auch in Deutschland stößt auf eine international gesunkene kaufkräftige Nachfrage. Bauernverband und Bundesregierung haben ständig von den großen Chancen des Weltmarktes gesprochen. Jetzt zeigt sich, wie riskant diese Ausrichtung für uns Bauern ist. Das Überangebot reißt die Erzeugerpreise nach unten und macht die Milcherzeugung und Schweinehaltung zu einem harten Verlustgeschäft“, erläutert der AbL-Vorsitzende **Martin Schulz** die Situation.

„Weder deutsche noch europäische Agrarpolitik haben auf die Nachfrageentwicklung in China, dem Nahen Osten oder gar auf die Importsperrung Russlands einen Einfluss. Was wir dagegen selbst in der Hand haben, ist unsere Erzeugung. Wir müssen runter vom Überangebot, um aus dem Preistief rauszukommen“, mahnt Schulz. Deutschland als Europas größter Schweineerzeuger habe in den letzten Monaten die Erzeugerpreise auch in anderen EU-Ländern mit nach unten gezogen. „Die Entwicklung bei uns setzt EU-weit Zeichen, also müssen wir die Vorzeichen ändern. Wir müssen den Umbau der Tierhaltung hin zu einer gesellschaftlich akzeptierten Haltung beschleunigen und EU-weit verankern“, so Schulz. Mit mehr Tierschutz lasse sich auch ein Abbau des preisdrückenden Überangebots erreichen. „Verbraucher und die Gesellschaft sind bereit, diesen Umbau über höhere Preise und staatliche Transfers zu unterstützen. Dafür müssen sie beim Kauf aber klar erkennen können, aus welcher Haltung das Fleisch stammt. Die Kennzeichnung muss her“, fordert Schulz, der auch Vorsitzender des NEULAND Vereins für artgerechte Nutztierhaltung ist.

Für die Milch schlägt die AbL als kurzfristige Maßnahme zum Abbau des Überangebots einen zeitlich befristeten Anreiz zur Drosselung der Milcherzeugung vor, der aus den nun letztmalig erhobenen „Superabgaben“ bezahlt werden soll. Diese Superabgaben werden von den Betrieben erhoben, die im letzten Milchquotenjahr mehr Milch abgeliefert haben als ihrer Quote entsprach. „Mit den EU-weit erwarteten über 700 Millionen Euro sollte den aktiven Betrieben ein Anreiz gezahlt werden, ihre Milcherzeugung befristet um einige Prozent zu reduzieren“, fordert der stellvertretende AbL-Vorsitzende **Ottmar Ilchmann**. „So kann die Superabgabe für alle noch etwas Gutes bewirken.“

Forderungen nach staatlichen Schuldenhilfen gehen laut AbL am Kern der Probleme vorbei. „Liquiditätshilfen verschieben die Rückzahlung der Schulden. Aber das hilft kaum, wenn die durch das Überangebot verursachten Tiefpreise ständig weitere Verluste bringen“, erklärt der stellvertretende AbL-Vorsitzende. Den Ruf nach Exportförderungen und den Aufruf aus dem Vorstand des Bauernverbands Schleswig-Holstein, in der Krise jetzt noch mehr Milch zu erzeugen, lehnt die AbL strikt ab. „Diese falschen Rezepte sind keine Lösung, sondern Ursache der Krise. Noch mehr Menge und Billigexporte verstärken den Preisdruck auch international nur noch. Außerdem zerstören diese Exporte auch in den Zielländern bäuerliche Existenzen“, warnt Ilchmann. Die AbL fordert dagegen auch für die Milch eine Qualitätsoffensive, um langfristige Perspektiven für die Milchviehbetriebe zu entwickeln.